

Diese CVP-Frauen sind im Fokus

Rücktritt Bundesrätin Leuthard befeuert mit einer Aussage die Nachfolgedebatte

VON ANTONIO FUMAGALLI

Bundesrat zu sein, ist ein anstrengender Job. Man hat Einfluss und grosse Gestaltungsmöglichkeiten, büsst im Vergleich zum Leben davor aber viel (persönliche) Freiheit ein. Ein Bonmot besagt gar: Die einzige Freiheit, die ein Bundesrat überhaupt hat, besteht darin, den Zeitpunkt des eigenen Rücktritts selber festlegen zu können.

Bundesrätin Doris Leuthard kann davon ein Lied singen. Nicht unverschuldet - sie hat letzten Sommer verlauten lassen, dass sie sich in ihrer letzten Legislatur befinde -, wird sie seit Monaten häufiger auf ihren Abgang angesprochen, als ihr lieb ist. Zuletzt befeuerte der «Blick» die Diskussion, indem er prognostizierte, dass Leuthard schon bald nach der No-Billag-Abstimmung ihren Rücktritt einreichen werde. Darauf angesprochen, sagte sie gestern gegenüber der «Nordwestschweiz»: «Ich lasse mir den Rücktritt nicht diktieren und staune etwas, wie es in der Gerüchteküche brodelt.»

Spannender war freilich der zweite Satz: «Dass sich eine Partei im Hinblick auf einen sich abzeichnenden Wechsel vorbereitet, ist normal», so die Aargauerin. Was heisst das konkret? Zieht im Hintergrund eine Findungskommission die Fäden? Parteipräsident Gerhard Pfister stellt das in Abrede. «Es findet keine Personaldiskussion statt.» Gleichzeitig sei klar, dass er sich strategische Gedanken mache, die «über den heutigen Tag hinausgehen». Und: Man dürfe davon ausgehen, dass Bundesrätin Leuthard und er sich «sehr gut koordinieren». Mit anderen Worten: Pfister war bekannt, was die Medienministerin im Interview autorisierte.

Nicht die Verfassung bemühen

Die Zusammensetzung der Landesregierung gibt derzeit - unabhängig von den Diskussionen rund um Leuthards Zukunft - in Bundesbern ohnehin zu reden. Die Staatspolitischen Kommissionen (SPK) beider Räte befassen sich mit der Frage, ob nicht nur die Landesregionen und die Sprachregionen, sondern auch die Geschlechter im Bundesrat «angemessen» vertreten sein sollen.

Die nationalrätliche SPK lehnte eine entsprechende parlamentarische Initiative von Maya Graf (Grüne/BL) deutlich ab. Die Mehrheit befand, dass die gesellschaftspolitische Forderung nicht in die Verfassung gehöre - wollte den Ent-



Viola Amherd (NR/VS)

KEY



Andrea Gmür (NR/LU)

KEY



Elisabeth Schneider-Schneiter (NR/BL)

K



Ruth Humbel (NR/AG)

HO



Silvia Steiner (RR/ZH)

SAN



Isabelle Chassot (BAK)

ASP

scheid aber nicht als Votum gegen eine stärkere Vertretung der Frauen im Bundesrat verstanden wissen. Die ständerrätliche Schwesterkommission beugt sich diese Woche noch über das Anliegen (siehe Interview rechts). Dass diese zu einem anderen Schluss kommt, ist nicht zu erwarten.

In Bezug auf den sich eines Tages abzeichnenden Rücktritt Leuthards würde eine allfällige neue Verfassungsbestimmung ohnehin noch nicht greifen. Die Frauen der CVP stehen dennoch im Fokus. Entscheidend wird sein, ob es zu einem gleichzeitigen Rücktritt von zwei oder sogar drei Bundesrätin kommt. Falls nicht - und sofern Leuthard sich als Erste aus der Deckung wagt -, wird der Druck auf die Partei grösser, dem Parlament eine ausschliesslich weibliche Auswahl zu präsentieren. Ansonsten könnte Simonetta Sommaruga plötzlich als einzige Frau in der Exekutive verbleiben.

Die potenziellen männlichen Kandidaten wie die Ständeräte Konrad Graber (LU), Stefan Engler (GR), Pirmin Bischof (SO) oder Parteipräsident Gerhard Pfister (ZG) gelten gemeinhin als profilierte, erfahrene und deshalb aussichtsreicher als ihre möglichen weiblichen Konkurrentinnen. Hört man sich unter der Bundeshauskuppel um, werden hinter vorgehaltener Hand aber einige Frauen genannt, denen das Amt zugetraut würde.

«Frage stellt sich nicht»

Die erfahrene Verkehrs- und Rechtspolitikerin Viola Amherd (NR/VS) etwa gilt als enge Vertraute Leuthards und geniesst auch innerhalb der Fraktion grossen Rückhalt. Ihre Walliser Herkunft hingegen dürfte ihr keinen zusätzlichen Schub verleihen - andere Regionen warten deutlich länger auf einen Bundesratsitz.

Das regionalpolitische Argument spricht wiederum für Aussenpolitikerin

Elisabeth Schneider-Schneiter (BL) oder die deutlich unerfahrenere, aber regional stark verankerte Andrea Gmür (LU). Ruth Humbel (AG) ihrerseits gilt als gesundheitspolitisches Schwergewicht. Silvia Steiner (Regierungsrätin Zürich) und Isabelle Chassot (Chefin des Bundesamtes für Kultur, frühere Staatsrätin Freiburg) dürften als ausserparlamentarische Vertreterinnen höchstens Aussenseiterchancen haben.

Wie es sich gehört, wollen sich die angefragten CVP-Frauen nicht zu einem allfälligen Karrieresprung äussern. «Diese Frage stellt sich zum jetzigen Zeitpunkt nicht», heisst es praktisch unisono. Die Ausnahme bildet Ruth Humbel - für sie sei eine Kandidatur «aufgrund der Konstellation» kein Thema. Die Vergangenheit hat jedoch gezeigt: Wird ein Bundesratposten plötzlich konkret, kommt noch so manche Gewissheit plötzlich ins Wanken. *Affaire à suivre.*

NACHGEFRAGT

«Die Lösung liegt auch in den Händen der Männer»

VON ANTONIO FUMAGALLI

Werden Sie manchmal angefeindet, weil Sie sich als Mann, der vom «System» profitiert, für Frauenanliegen starkmachen?

Raphaël Comte: Es wäre völlig falsch, wenn sich in dieser Frage nur Frauen engagieren würden. Die Lösung des Problems liegt auch in den Händen der Männer - sogar überdurchschnittlich,

RAPHAËL COMTE



Der Ständerat (FDP/NE) fordert, dass im Bundesrat beide Geschlechter angemessen vertreten sind - wie die Regionen und Sprachen.

wenn man unseren Anteil im Parlament anschaut.

Warum ist es wichtig, dass die Geschlechter im Bundesrat und anderen Bundesbehörden «angemessen vertreten» sind?

Ich will in einer Gesellschaft leben, in der alle die gleichen Chancen haben. Auch wenn Fortschritte gemacht wurden, ist das noch nicht der Fall. Wie die Vergangenheit zeigt, haben es Frauen in der Politik schwerer. Das hat unter anderem damit zu tun, dass Familienarbeit leider immer noch mehrheitlich von ihnen getragen wird. Daneben in Wirtschaft und Politik Karriere zu machen, ist unglaublich fordernd.

Ist die Verfassung der richtige Ort für ein solches Prinzip?

Ja. Um den Missstand zu beheben, braucht es politischen Druck. Ich will keine Quote und überlasse dem Parlament die Wahlfreiheit, aber es muss sich in der Verantwortung fühlen. Die Wahl des Tessiners Ignazio Cassis hat gezeigt, dass ein Verfassungsprinzip - damals in Bezug auf die Vertretung der Sprachregionen - sehr viel bewirkt.

Ein fast gleichlautender Vorstoss von Maya Graf (Grüne/BL) hatte in der Nationalratskommission keine Chance. Ist es im Ständerat anders?

Mir bleiben zwei Tage und dann vor allem die Sitzung der Staatspolitischen Kommission am Donnerstag, um meine Kollegen zu überzeugen. Bei uns sind die Meinungen noch nicht so vorgefertigt wie im Nationalrat (lacht).

NACHRICHTEN

STROMMARKT

Leuthard will freie Wahl auch für Kleinkunden

Der Strommarkt soll bald auch für Kleinkunden geöffnet werden. Energieministerin Doris Leuthard will nicht auf das Strommarktabkommen mit der EU warten, wie sie an einem Stromkongress sagte. Das Ziel sei die Stärkung des Marktes und die Integration in umliegende Märkte, sagte Leuthard. Die volle Strommarktöffnung werde daher bei den laufenden Arbeiten an einem neuen Strommarktdesign mitberücksichtigt. Die Gesetzesvorlage will der Bundesrat vor Ende des Jahres in die Vernehmlassung schicken. (SDA)

SOZIALHILFEBEZÜGER

Bund und Kantone sollen Weiterbildungen bezahlen

Weiterbildung soll es 75 000 Sozialhilfebezügern ermöglichen, eine Stelle zu finden. Die Konferenz für Sozialhilfe und der Verband für Weiterbildung lancieren eine Weiterbildungsoffensive und fordern dafür Geld von Bund und Kantonen. Von rund 273 000 Sozialhilfeempfängern im Jahr 2016 waren knapp 194 000 volljährig. Sozialdienste schätzten in einer Umfrage, dass 40 Prozent der Erwachsenen mit Sozialhilfe mit Weiterbildung mehr Chancen auf eine berufliche Integration haben. (SDA)

Blut und Tränen in Campione

Verschuldung Der Spielbank in der italienischen Enklave am Luganersee droht der Konkurs. Nun verordnet der Gemeindepräsident einen rigiden Sparkurs.

VON GERHARD LOB, BELLINZONA

Die Nachricht schlug ein wie eine Bombe: Die Staatsanwaltschaft von Como hat ein Konkursverfahren der Spielbank von Campione d'Italia beantragt. Begründung: Insolvenz. Schon seit Monaten war klar, dass es sowohl um die gemeindeeigene Spielbank als auch um die Gemeindefinanzen in der italienischen Enklave katastrophal bestellt ist. Doch ein Konkurs und möglicherweise die Schliessung des Casino Municipale, der grössten Spielbank Europas? Das war bisher unvorstellbar.

Überrascht von diesem Antrag wurde auch Roberto Salmoiraghi (68), Präsident der 2000-Seelen-Gemeinde. Er habe davon am Freitagabend um 21 Uhr erfahren, hielt er gestern in einer eilig einberufenen Bürgerversammlung fest. Mehrere hundert Einwohner und Angestellte waren über Mittag in den Festsaal im 9. Stock der gigantischen, von Mario Bot-

ta erbauten Spielbank geströmt, um den wenig festlichen Ausführungen des Sindaco zu lauschen.

Gemeinde ohne Geld

Das Hauptproblem ist die Verschuldung gegenüber der Hausbank Banca Popolare di Sondrio. Nach Jahren positiver Abschlüsse gab es 2012 bei der Spielbank erstmals ein Defizit von 8 Millionen Franken, das sich mittlerweile auf mehr als 39 Millionen Franken erhöht hat. Grund für die desaströse Finanzlage ist die Währungsentwicklung zwischen Euro und Franken in Verbindung mit der Sonderstellung des Ortes. Denn das Kasino macht seinen Gewinn in Euro und überwiegt stets einen festen Betrag an die Gemeinde, die ihre Bilanzen in Franken aufweist. Doch zuletzt blieben die Überweisungen ganz aus. Löhne der Gemeindeangestellten konnten nicht mehr bezahlt werden. Ein Gemeindeangestellter hatte sich an die Staatsanwaltschaft gewandt.

Um das Konkursverfahren abzuwenden, bleibt laut Salmoiraghi nur ein Weg: ein rigides Sparprogramm. «Blut und Tränen», verordnete er gestern in einem dramatischen Appell. «Wenn es keine Einigung gibt, müssen wir den Laden schliessen.» Die Löhne müssten um 20 Prozent linear gekürzt werden. Zudem

müsse die Anzahl der Gemeindeangestellten verringert werden. «100 Gemeindeangestellte sind einfach zu viel», sagte Salmoiraghi unter Applaus. Es war der einzige Beifall während seiner halbstündigen Rede.

Angesprochen wurde auch ein gewisser Schlendrian bei den 500 Angestellten der Spielbank, etwa die 8000 Arbeitstage, die wegen Krankmeldungen 2017 ausfielen. Offenbar gab es Spielbankmitarbeiter, die an Weihnachten arbeiteten, um die Feiertagszulage zu kassieren, einen Tag später aber krank waren.

Dabei läuft das Geschäft mit dem Glücksspiel eigentlich gut. Umso verständlicher reagiert man bei den Einwohnern auf die jüngste Entwicklung. «Wir sind wohl die einzige Spielbank auf der Welt, die mit einem Bruttospielertrag von 92 Millionen Franken ein Konkurs droht», sagte eine ältere Frau im Pelzmantel nach dem Meeting.

Sicher ist: Solange das Konkursverfahren nicht abgewendet ist, wird das umstrittene Projekt eines allein auf eine chinesische Klientel ausgerichteten Spielbank-Ablegers nicht angepackt. Das Vorhaben hatte für Spannungen gesorgt. Auf 300 Quadratmetern soll sozusagen eine fernöstliche Spielbankklave eingerichtet werden: chinesische Spiele, chinesisches Personal, chinesische Kunden.

Vergewaltigung Emmen Ermittlungen eingestellt

Zweieinhalb Jahre nachdem ein Unbekannter in Emmen LU eine 26-jährige Frau vergewaltigt hatte, schliesst die Staatsanwaltschaft die Untersuchung vorläufig ab - ohne den Täter gefasst zu haben. Ihr liegen keine neuen Ermittlungsansätze mehr vor. Spurenabgleiche würden aber weiterhin laufend stattfinden, teilte die Staatsanwaltschaft Luzern mit. Der Unbekannte hatte die Frau bei Emmen an der Reuss vom Velo gerissen und in einem nahen Waldstück vergewaltigt. Die Frau erlitt bei dem Überfall schwerste Verletzungen. Nach der Vergewaltigung hatte die Polizei umfangreiche Ermittlungen durchgeführt. So wurden während mehrerer Wochen im Umfeld des Täters Personenkontrollen durchgeführt. Weiter wurden laut der Staatsanwaltschaft drei Personen vorübergehend festgenommen und knapp 10 000 Personendaten im Zusammenhang mit der Tat überprüft. Insgesamt wurden 371 Männer zu einem Massen-DNS-Test aufgeboten. Mehrere tausend Handynummern wurden erhoben, welche zur Tatzeit im Gebiet des Tatorts aktiv waren, davon wurden 1863 Handydaten detailliert ausgewertet. (SDA)